**Bekanntmachung**

**über den Beschluss gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB zur 8. Anpassung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bad Oeynhausen im Wege einer Berichtigung**

Der Rat der Stadt Bad Oeynhausen hat in seiner Sitzung am 04.05.2022 gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB vom 03.11.2017 (BGBI. I S. 3634) in der zu dieser Zeit geltenden Fassung die 8. Anpassung des Flächennutzungsplanes im Zuge der Berichtigung wie folgt beschlossen:

**3.**

**Beschluss über die Anpassung des Flächennutzungsplanes gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB**

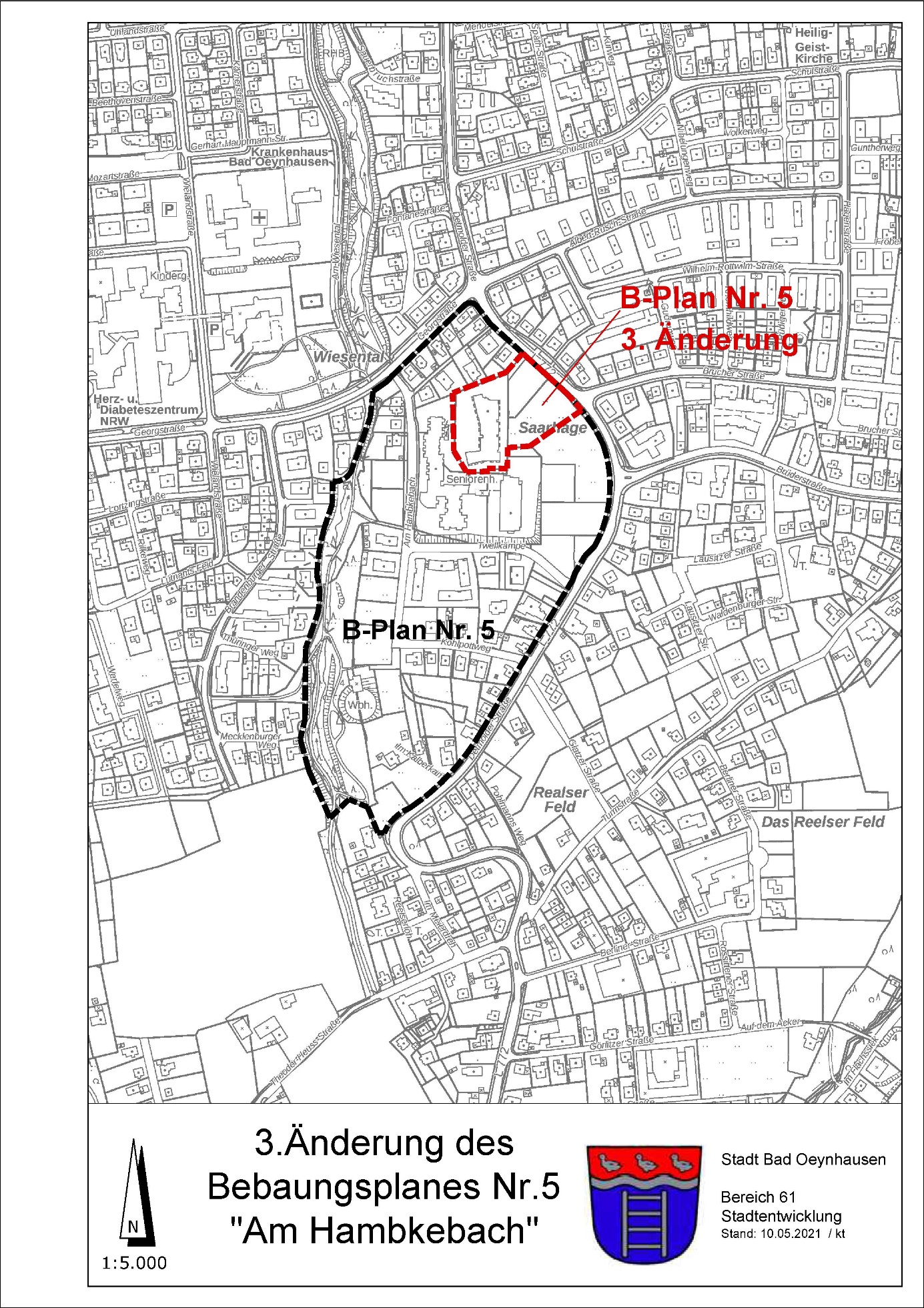
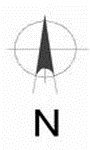
Nach Rechtskraft der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Am Hambkebach“  ist der Flächennutzungsplan gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege einer Berichtigung den Festsetzungen der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Am Hambkebach“ anzupassen.

Der Flächennutzungsplan wird gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung an die Festsetzungen der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Am Hambkebach“ der Stadt Bad Oeynhausen angepaßt.

Inhalt der 8. Anpassung des Flächennutzungsplanes ist:

* die Berichtigung der Darstellung einer „Wohnbaufläche, W“ in die Darstellung „Fläche für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Feuerwehr“.

Der Anpassungsbereich ist dem nachfolgendem Übersichtsplan zu entnehmen.



Geltungsbereich

8. Anpassung FNP

Lageplan

Die **8. Anpassung des Flächennutzungsplans der Stadt Bad Oeynhausen** kann bei der Stadtverwaltung Bad Oeynhausen, Bereich Stadtentwicklung, Rathaus II, Schwarzer Weg 6, Zimmer 60, während der Dienststunden eingesehen werden. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt. In der Zeit der Pandemie durch Covid-19 kann eine analoge Einsicht nach erfolgter Terminabsprache unter der Tel.: 5731/14-2101 und unter Einhaltung der geltenden Schutzbestimmungen sichergestellt werden.

**Bekanntmachungsanordnung**

Die Stadt Bad Oeynhausen macht hiermit den Beschluss des Rates vm 04.05.2022 über die 8. Anpassung des Flächennutzungsplanes gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB öffentlich bekannt.

Gemäß § 2 Abs. 3 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung) vom 26.08.1999 – GV. NRW. S. 516, in der zur Zeit geltenden Fassung wird bestätigt, dass der Wortlaut mit dem Beschluss des Rates vom 04.05.2022 übereinstimmt und dass nach § 2 Abs. 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung verfahren worden ist.

Mit der Bekanntmachung im Amtlichen Kreisblatt des Kreises Minden-Lübbecke wird die **8. Anpassung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bad Oeynhausen** am Tag nach der Veröffentlichung wirksam.

**Hinweise:**

1) Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für durch die 8. Anpassung des Flächennutzungsplanes eintretende Vermögensnachteile sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

2) Gemäß § 215 Abs. 1 BauGB werden unbeachtlich

a) eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,

b) eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und

c) nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der 8. Anpassung des Flächennutzungsplans schriftlich gegenüber der Stadt Bad Oeynhausen, Rathaus I, Ostkorso 8, 32545 Bad Oeynhausen, unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

3) Hinweis nach § 7 Abs. 6 GO NRW

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,

c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluß vorher beanstandet oder

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bad Oeynhausen, den 03.06.2022

Der Bürgermeister

(Lars Bökenkröger)